

Sächsische Volkszeitung

Verlegt täglich nachm. mit Ausnahme der Sam- u. Festtage.
Verleger: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudamm-Str. 11-12.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Druckort: Dresden, bei der Buchdruckerei des Verlegers.
Druck: Buchdruckerei, Neudamm-Str. 11-12, Dresden.

r. Der Sieg der englischen Liberalen.

Die Wahlen zum englischen Unterhaus sind noch nicht abgeschlossen; es wird sogar erst in 10 Tagen das genaue Ergebnis derselben festgestellt werden können. Von den insgesamt 670 Sitzen des Unterhauses liegt erst das Ergebnis über 367 Wahlen vor; da die englischen Wahlen gemäß den sehr komplizierten Wahlbestimmungen und dem Herkommen sich über etwa 14 Tage verteilen, so wird das Ende des Jahres herankommen, ehe man ein vollständiges Bild über die Zusammenfassung des neuen Parlamentes hat. Man muß weiter in Betracht ziehen, daß im alten Unterhaus etwa 370 unionistisch-konservative Anhänger des Balfour'schen Kabinetts 300 Oppositionsmänner gegenüberstanden, unter denen sich 82 irische Abgeordnete befanden. Das neue Kabinett hat also einen recht schweren Standpunkt, zumal es bestrebt sein mußte, sich eine Mehrheit aus eigenen Kräften zu sichern. Eine Neuenarbeit! Mindestens 120 Sitze mußten die Liberalen den Unionisten abnehmen und man zweifelte sehr, ob dieser Umsturz eintreten werde.

Um so verblüffender wirkt der liberale Erfolg, so weit er sich bis heute übersehen läßt. Die ersten zwei Tage der Wahlen haben bereits genügt, das unionistisch-reaktionäre Parteienhaus zusammenstürzen zu lassen. Schon am 17. hatten die Liberalen einen Gewinn von 80 Mandaten, zu denen noch ein Gewinn der mit den Liberalen verbündeten Arbeiterpartei von 18 Mandaten kommt. Die bis zum 18. d. M., 1/2 Uhr abends bekannt gewordenen Wahlen haben ergeben: 194 Liberaler, 31 Vertreter der Arbeiterpartei, 82 Unionisten und 60 irische Nationalisten. Die Liberalen gewannen 99, die Arbeiterpartei 23 und die Unionisten drei Sitze. Auch wenn — was natürlich ganz ausgeschlossen ist — die weiteren Wahlen keine Verschiebung mehr bringen sollten, hätte das neue liberale Kabinett eine Mehrheit im Unterhaus. In Wirklichkeit wird es aber noch ganz anders kommen. Der Siegesmarsch der Liberalen wird jetzt, nachdem einmal Breche geschaffen ist, nicht mehr aufzuhalten sein, und man darf mit fast positiver Sicherheit darauf rechnen, daß endlich im englischen Parlament eine große liberale Partei zu Stande kommt, die nicht mit kleinlichen taktischen Rücksichten zu rechnen braucht, sondern zielbewußt und beharrlich ihren Weg gehen kann. Schon jetzt ist in der Presse diese Wirkung geltend. Der geradezu betäubende Eindruck der bisherigen Wahlergebnisse bildet augenblicklich den einzigen Gedanken des englischen Volkes. Sämtliche unionistische Blätter geben, wie Balfour in seiner Abschiedsrede in Manchester, die niederschmetternde Wucht des ersten Schlages eines über sie hereinbrechenden Gewitters zu. Sie nennen es eine Katastrophe. Man habe vielleicht einen Sturm erwartet, aber dies sei ein Orkan. Die unionistische „Daily Mail“ schreibt das Ungewitter folgenden Ursachen zu: Dem natürlichen Schwanken des Pendels, der Chinesenarbeit in Südafrika, dem übermäßig langen Festhalten der unionistischen Regierung am Amt, dem Schulgeseh, den Kriegsbefürchtungen, der Agitation wegen ungerochter Nahrungssteuer und der fiskalischen Frage. Ganz besonders wird auch der unerwartete Erfolg der Arbeiterpartei als einer der bedeutamsten Züge der Wahlen hervorgehoben. Man erwartet nun eine sehr große liberale Majorität; das liberal-„Daily Chronicle“ mahnt jedoch, nicht zu früh zu prähen. Es prophesiert indessen eine Majorität der liberalen Partei von ungefähr 150. Unter den Unionisten herrscht tiefste Verstärkung und Niedergeschlagenheit. Ihr Blätter prophezeien bereits eine Revolution. Es ist noch zweifelhaft, ob und wo Balfour wiedergewählt werden wird. Marokko, Frankreich und Deutschland sind augenblicklich vergessen.

Ein Stimmungsbild des „V. L. A.“ aus London vom Dienstag besagt: Der Verstärkung der Unionisten über das Resultat vom Sonnabend ist eine vollkommene Verzweiflung gefolgt. Ihre Blätter erklären, daß eine solche Katastrophe in der Geschichte des englischen Parlamentes noch nicht dagewesen sei. Die bedeutendsten unionistischen Führer wurden überall vernichtet geschlagen. London, die bisher unerschütterliche, konservative Feste, ist zum großen Teil von den Liberalen mit mächtigen Majoritäten erobert worden. Falls die Liberalen so fortfahren, wird ein zusammengeschmolzenes Gänselein von ungefähr 120 Unionisten im nächsten Parlamente erscheinen, gegen ihre stolzen Reihen von 402 nach den Wahlen von 1900. Die dominierende Organisation der Arbeiter erregt besonderes Erstaunen und wird als neuer, ausschlaggebender Faktor im politischen Leben Englands anerkannt. Überall, wo sie eigene Kandidaten aufgestellt hatten, wurden sie mit überwältigender Mehrheit gewählt, während die Arbeiterpartei in den anderen Wahlkreisen die Liberalen mit glänzender Disziplin unterstützte. Die Beteiligung an der Abstimmung ist überaus hoch und beträgt bisher 70 Prozent der Wählerschaft. Die Liberalen haben bisher keinen Sitz verloren. In Nord-London, wo die Unionisten sich bildeten, geschah es meist nur um Haarsbreite gegen die enorm angewachsene Stimmenzahl. In liberalen Kreisen glaubt man, daß die Wähler der Schutzpartei überhaupt nicht mehr zur Wahlurne gehen werden. So steht ganz England unter dem Eindrucke, daß sich eben die „größte politische Revolution seit 1852“ vollzogen hat. Die Konsequenzen der Vernichtung der Unionisten und Konservativen sind sehr weittragende.

In erster Linie ist der Chamberlainismus verurteilt und abgelehnt. Man rechnete bei uns in Deutschland

mit einem Anwachsen desselben, und was muß man sehen? Der Protektionismus ist in England tot und begraben. Manchester, einst die Wiege der Freihandelsbewegung, war die erste Stadt, die wieder zu den Idealen des free trade zurückkehrte und die Protektionisten einschließlich Balfours zu den Toren hinausjagte. Aber nicht in der alten Form des Geben-Gelassenlassens kommt der Freihandel wieder. Der Liberalismus hat unterdessen die sozialen Probleme auf sich wirken lassen und tritt, mit sozialem Geiste gefolgt, wieder in die Regierung ein. Ein Aera nicht des Freihandels allein, sondern der sozialen Reformen steht in England bevor. Die mit den Liberalen verbündete Arbeiterpartei, deren außerordentliche Erfolge vielleicht das erstaunlichste dieses erstaunlichen Wahlkampfes bedeuten, wird schon dafür sorgen, daß die Wahlversprechungen nicht in Vergessenheit geraten. Vom deutschen Standpunkte aus haben wir dies sehr zu begrüßen; denn eine englische Kolonisation hätte für unser Wirtschaftsleben sehr schwere Konsequenzen, ja eine Vernichtung des deutschen Handels auf dieser oder jener englischen Kolonie im Gefolge gehabt.

Mindestens ebenso bedeutsam ist aber der Ausfall der Wahl für die auswärtige Politik Englands und den Weltfrieden. Wir sehen ganz davon ab, daß Campbell-Bannerman seine Sympathie für eine deutsch-englische Verständigung ausgesprochen hat. Ein englischer Premierminister macht keine deutsche, sondern eine englische Politik. Aber die englische auswärtige Politik wird sich schon deshalb in gemäßigten Bahnen bewegen, weil die Liberalen im eigenen Lande genug zu tun haben. Die ganze sächsische Politik des Kabinetts Balfour dem Auslande gegenüber diene ja überhaupt nur dem Zweck, die Augen des Volkes von den Aufgaben im Lande selbst abzulenken — die alte Taktik aller reaktionären Regierungen. Deshalb dürfte auch König Eduard VII. es jetzt geraten finden, sich auf sein Altenteil zu setzen und seine Hand aus dem internationalen Spiel zu lassen. Daß damit dem Weltfrieden der denkbar größte Dienst erwiesen würde, braucht nur angedeutet zu werden. Die eben jetzt in beiden Ländern begonnenen Verständigungsversuche kommen zur rechten Zeit; sie finden nun in England nicht nur kein Hindernis, sondern amtliche Förderung.

Ob die Iren nun Homerule erhalten, ist noch eine Frage. Der Ruf Irlands nach einer selbstständigen Regierung ist begründet. Gladstone sah sein Lebensziel in der Durchführung dieses Wunsches. Nunmehr sind nachgerade die Liberalen stärker als je zuvor. Sie haben eine Macht, die in der Hand wie nie zuvor ihr großer Führer. Machen sie nun ernst? Freilich hat dieser Mandatszuwachs für die Iren nichts angenehmes; sie hätten mehr Einfluß gehabt, wenn sie das Jünglein an der Wage geblieben wären. Aber wir hoffen, daß die Liberalen nun ihre treuen Verbündeten nicht vergessen werden und ihnen geben, was sie seit Jahren verbrochen.

Deutschland kann mit dem englischen Wahlausfall sehr zufrieden sein.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin, 29. Sitzung am 8. Januar 1906.

Die Kamerun-Eisenbahnvorlage ist heute im Reichstage in erster Lesung beraten worden. Der Verlauf der Debatten war ein höchst interessanter. Kolonialdirektor Erbprinz Hohensolms-Langenburg teilte zuerst das Urteil in Sachen der Kamerunhauptlinie mit, welches geltend eingegangen sei. Die Höhe der Strafen rief allgemeines Aufsehen hervor. Die verurteilten Hauptpläne sind noch in Haft. — Der Abgeordnete Erzberger (Zentr.) rügte die Gewährung von 360 000 Mark Aktien als Provision in sehr scharfer Weise. Er führte weiter aus, daß die Zentrumskolonisation aus prinzipiellen Gründen gegen diese Provision sei und deshalb den Abbruch an der Vorlage beantragt habe. Die Bahn selbst hält sie im volkswirtschaftlichen und politischen Interesse für geboten. Der Regierungsvertreter mußte nun selbst angeben, daß der Verwaltung die Gewährung der Provision höchst unangenehm sei. Nur die Abgeordneten von Richtigofen und Dr. Semmler suchten diese als etwas Selbstverständliches zu bezeichnen. Die Abgeordneten Pattmann, Sterz und Arndt hiergegen verurteilten auf das schärfste die Provision, und es darf heute schon als sicher bezeichnet werden, daß der Reichstag einstimmig die Provision ablehnen wird, womit Abgeordneter Erzberger vollumfänglich erreicht hat, was er anstrebte. Nebenamtliche Abgeordnete, welche die Kamerunfahrt mitgemacht haben, beteiligten sich an der Debatte, wobei die vom Abgeordneten Sterz vertretenen Ansichten den meisten Beifall fanden. Der Abgeordnete Goller (freis. Volksp.) hielt es für angezeigt, den Nachweis zu liefern, daß er sich in un-kultivierten Ländern aufgehalten hat und redete von „Pflanzwirtschaft“, die er in den Kolonien ebenso wenig wolle wie den Bureaucratismus. Antwort wird ihm morgen in der Debatte in sehr deutlicher Weise gegeben werden.

Politische Mundschau.

Dresden, der 19. Januar 1906.

Die Hinterbliebenen des Staatsministers Staatssekretär Freiherrn von Richtigofen haben von Sr. Majestät dem Kaiser das folgende Beileidstelegramm erhalten: „Die Nachricht vom Ableben Ihres Herrn Vaters hat mich tief erschüttert und sage ich Ihnen und Ihren Angehörigen mein allerherzlichstes Beileid. Ich verliere in ihm einen Beamten von beispielhafter Pflichttreue und Arbeitsfreudigkeit, der

mit seltenem Geschick die schweren Pflichten seines Amtes zu erfüllen verstand und dessen hohes Verdienst um des Reiches Wohlfahrt ich dankbar anerkenne. Er genos mein unbedingtes Vertrauen. Unvergessen wird auch stets bleiben, wie der damalige Leutnant die Fahne des 11. Regiments bei Mars la Tour zum Siege trug. Wilhelm I. R.“

Der „Reichsanzeiger“ widmet dem verstorbenen Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn von Richtigofen einen längeren warmen Nachruf, in dem es heißt: „Das belagerte Ableben des Staatssekretärs und Staatsministers Freiherrn von Richtigofen reißt eine schwer auszufüllende Lücke in den Kreis der Männer, die durch das Vertrauen Sr. Majestät des Kaisers zur Mitwirkung an der auswärtigen Politik des Reiches berufen sind. In uner-müdblicher Arbeit hat sich das Leben des Dahingegangenen verzeht. Ein Blick auf die Stoffel seiner Laufbahn beweist, daß Freiherr von Richtigofen nicht durch die Gunst der Umstände rasch emporgetragen worden ist, sondern unter wachsenden eigenen Anstrengungen seine Aemter errungen und ausgefüllt hat. Dem langen Vorbereitungswege auf den höheren Posten, dem eisernen Fleiße in der Entwicklung seiner Gaben, verdankte er eine ausgedehnte, gründliche Geschäftskennntnis, schnelles Zurechtfinden in mannigfachen Aufgaben und die oft an ihm gerühmte Achtsamkeit, die auch Geringeres nicht vernachlässigt. Der Kaiser verliert in ihm einen treu bewährten Diener, der Reichskanzler Fürst Bülow sieht sich seines nächsten, von ihm hochgeschätzten Mitarbeiter beraubt, die Beamten des Auswärtigen Amtes trauern um einen allezeit zugänglichen gütigen Chef. Sein Gedächtnis wird im Dienste des Reiches und Preußens für immer in Ehren bleiben.“

Staatssekretär Freiherr von Richtigofen ist nun infolge der Schlaganfälle doch erlegen. Mit ihm ist ein kenntnisreicher und arbeitsstüchtiger Minister dahingegangen. 1876 als Hilfsarbeiter ins Auswärtige Amt berufen, wurde er 1881 vortragender Rat in diesem Amte. Im Jahre 1885 erfolgte seine Ernennung zum Direktionsmitglied der ägyptischen Staatsschuldenkasse. Diese Stellung gab ihm Gelegenheit, sich als tüchtiger Finanztechniker zu bewähren. Im Jahre 1897 trat er an die Spitze der Kolonialabteilung. Diesen Posten tauschte er zwei Jahre später mit dem Unterstaatssekretariat im Auswärtigen Amte. Am 23. Oktober 1900 erfolgte seine Ernennung zum Staatssekretär dieses Amtes. Diesen Posten verwaltete er bis zu seinem Tode. Als Graf Bülow im Jahre 1898 vom Staatssekretär des Auswärtigen zum Reichskanzler aufstieg, da sollte er sich wohl von vornherein, daß er einen zweiten Bülow an dieser Stelle nicht brauchen könne. Vielleicht berief er gerade deshalb den damaligen Unterstaatssekretär von Richtigofen in das freigewordene Amt, weil er von ihm keine Selbständigkeitsgelüste zu befürchten hatte. Was er brauchte, war eine fleißige und gewissenhafte Hilfskraft, während er selbst die Fäden der auswärtigen Politik in seiner Hand behielt. Diese Aufgabe füllte Freiherr von Richtigofen auch geschickt aus; eigene Initiative brauchte er dabei nicht zu entwickeln und hätte wohl auch nicht die Anlage dazu besessen. Man weiß deshalb auch nicht, wie weit Freiherr von Richtigofen, wenn er gelegentlich im Reichstage hervortrat, seine eigenen Anschauungen entwickelte, wie weit er nur den Auftrag seines unmittelbaren Vorgesetzten ausführte. Nun besteht man sich hier sehr lebhaft mit der Frage des Nachfolgers; früher nannte man als solchen den Erbprinzen von Hohensolms-Langenburg, der nun auf das Reichskolonialamt wartet. Am meisten Aussicht dürfte Fürst Lichnowsky haben. Der Fürst ist persona gratissima sowohl beim Kaiser, wie beim Reichskanzler, den er als vortragender Rat des Auswärtigen Amtes auf seinen Reisen begleitete. Er nahm dann nach seiner Verbeirathung mit einer bairischen Gräfin Arco den Abschied und lebte auf seinen schlesischen Gütern. Auch die Votivschäfer in Wien und Rom, Graf Wedel und Graf Monts, kommen in Betracht. Dann würde wohl Fürst Lichnowsky den Votivschäferposten erhalten, für den er längst als bestimmt gilt, und zwar den, den er sich selbst, was kein Geheimnis ist, am liebsten wünscht, nämlich in Wien, wo er längere Zeit als Votivschäfer wirkte, und viele verwandtschaftliche Beziehungen besitzt. — Wie wir vernehmen, wird auch der preussische Gesandte in München, Graf Bourlades, der das Staatssekretariat schon mehrere Male in Vertretung des Freiherrn von Richtigofen verwaltete, auf telegraphische Weisung in Berlin erwartet. Er soll bestimmt sein, zunächst den Unterstaatssekretär Dr. von Mühlberg in der Führung der laufenden Geschäfte zu unterstützen, aber eventuell auch selbst als künftiger Staatssekretär in Frage kommen. Eine Entscheidung muß sehr bald getroffen werden, weil Fürst Bülow überlastet ist und gerade jetzt sich die schwierigsten Arbeiten häufen.

Aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars sollte, wie „Das Reich“ meldet, der Erlaß einer Amnestie bevorstehen. Wie man der „Tägl. Rundschau“ auf Nachfrage an maßgebender Stelle erklärt, ist von einer solchen Absicht nichts bekannt.

Zur Marokkofonferenz. Die als Kommissionskonferenzen abzuhaltenden Vorkonferenzen der Konferenz, wie die für heute nachmittag angelegt, haben den Zweck, eine Einigung vorzubereiten. Der Bericht über diese Sitzungen wird nicht in das Protokoll der Konferenz aufgenommen werden. Der Meinungsaustrausch soll halbamtlich erfolgen; es wird also offiziell von den Worten der Delegierten nichts veröffentlicht und dies gibt die Möglichkeit, auf praktischere Weise zu einer Verständigung für die offiziellen Sitzungen